

Aktuell

Ausgabe September 2024

Personalrat verschickt erneut Briefe an Ministerpräsident und Landtagsfraktionen



Zum Tarifvertrag Entlastung

In der letzten Ausgabe von „Personalrat Aktuell“ wurde über das hunderttägige Ultimatum von MHH-Beschäftigten an Präsidium und Landespolitik zur Verhandlung eines Tarifvertrags Entlastung berichtet. Da mit zunehmendem Verstreichen der hundert Tage kein Angebot und keine Annäherung erkennbar waren, hat der Personalrat sich in einem Schreiben direkt an den Ministerpräsidenten gewandt. In diesem wurde erläutert, dass die derzeitigen Entwicklungen eine Konsequenz aus den Erfahrungen der Vergangenheit darstellen, in der die internen Verhandlungen von Entlastungsmaßnahmen zwischen Arbeitgeberin und Personalrat zu keinem nennens-

werten Ergebnis geführt hatten, da die Finanzierungsgrundlage fehlte. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass sich die Belastung für die Belegschaft stattdessen weiterhin zuspitzte und der Personalrat den Ministerpräsidenten und andere politisch Verantwortliche wiederholt auf diese Situation an der MHH aufmerksam gemacht hatte, zuletzt in einem Schreiben im Oktober 2023. Deutlich gemacht wurde, dass die Bemühungen keine Verbesserung gebracht hatten und deshalb die Beschäftigten nun selbst die Initiative ergreifen. Sie organisieren sich, um mit gewerkschaftlicher Unterstützung ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern und die eigene Gesundheit sowie die der Patientinnen und Patienten zu schützen.

Außerdem wurde in dem Brief darauf hingewiesen, dass das Ultimatum Mitte August enden würde und betont, dass der Personalrat ebenso wie die Beschäftigten gerne vermeiden würde, dass es zu Streiks kommen muss. Denn diese sind mit gravierenden Konsequenzen für die MHH und Leistungseinschränkungen für die Patientinnen und Patienten verbunden. Vor diesem Hintergrund appellierte der Personalrat an den Ministerpräsidenten, bei der Tarifgemeinschaft der Länder für die Ermöglichung von Gesprächen zu werben, um Entlastungs-Regelungen wie in anderen Universitätskliniken erzielen zu können.

Doch auch dieser schriftliche Appell für eine einvernehmliche Lösungs-

findung zeigte keinen unmittelbar sichtbaren Erfolg. Am Tag des Auslaufens des Ultimatums versammelten sich ca. 800 MHH-Beschäftigte zu einem sog. Krankenhausratschlag im Stadion von Arminia Hannover. In Anwesenheit von Minister Mohrs und weiteren Vertretungen der Landespolitik beschrieben sie erneut den prekären Alltag in der Krankenversorgung und machten deutlich, dies nicht länger so hinzunehmen. Doch auch hieraus resultierte bisher kein Vorschlag zur Lösungsfindung. Stattdessen wurde aufgrund von formaljuristischen Mängeln in zwei Aspekten des Forderungskatalogs der Beschäftigten eine gerichtliche Verfügung gegen einen ersten Warnstreik erwirkt.

Fortsetzung auf Seite 2 →

Zur Novellierung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes

Neben dem Brief an den Ministerpräsidenten hatte der Personalrat auch beschlossen, sich – ergänzend zu Gesprächen - schriftlich gegenüber den Fraktionsvorsitzenden des Landtags zur anstehenden Novellierung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) zu positionieren. In diesem Schreiben warb das Gremium dafür, weitere Sonderregelungen für den Bereich Hochschulmedizin in eine Neufassung des NHG aufzunehmen. Begründet wurde dies mit unterschiedlichen Voraussetzungen aufgrund der Krankenversorgung im Vergleich zu anderen Hochschulen. Der Personalrat erläuterte, dass die speziellen Herausforderungen einer Universitätsklinik mit einer hohen Anzahl von Beschäftigten in der Krankenversorgung und den KV-zugeordneten Bereichen einen noch stärkeren Fokus auf das Themenfeld Personal erfordern. Angeregt wurde, ein weiteres Präsidiumsmitglied ausschließlich für das Ressort Personal in der Novel-

lierung für den Bereich Hochschulmedizin zu ermöglichen.

Des Weiteren wurde auf die Benachteiligung durch die derzeitigen rechtlichen Vorgaben des NHG im Bereich der Mitbestimmung von Beschäftigten z.B. in Berufungskommissionen hingewiesen und Änderungsbedarf aufgezeigt. Ein weiterer Aspekt war der Verweis auf bisherige Debatten zum Rechtsformwechsel der MHH, bei denen die Trägerschaft einer Stiftung bisher als einzige Alternative im Mittelpunkt stand. Der Personalrat warb dafür, den gesetzgeberischen Gestaltungsspielraum für eine grundsätzliche Option der Eigenständigkeit als rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts zu öffnen.

Abschließend wurde beschrieben, dass derartige Regelungen in anderen Bundesländern bereits umgesetzt wurden und in Niedersachsen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit als Spitzenmedizin- und Wissenschaftsstandort beitragen würden.

Operieren in der Schwangerschaft

Mit Freude hat der Personalrat die MHH-Info gelesen, in der berichtet wurde, dass schwangere Kolleginnen weiter invasive Eingriffe im Herzkatheterlabor durchführen können und dadurch keinen „Karriereknick“ haben.

Der Personalrat möchte aber ergänzen, dass es ohne die Initiative des Gleichstellungsbüros (damals unter Leitung der Gleichstellungsbeauftragten Nadine Nelle) und dem Personalrat zu keiner Gründung der Arbeitsgruppe „Operieren in der Schwangerschaft“ gekommen wäre. In dieser wurde unter Beteiligung vieler Expertisen ein Katalog erarbeitet, welche Tätigkeiten durch schwangere Beschäftigte durchgeführt werden können. Ausschlaggebend war die Änderung des Mutterschutzgesetzes.



KURZ KOMMENTIERT VON...



...JUTTA ULLRICH

Der Weg, den wir gerade für einen Tarifvertrag Entlastung (TV-E) gehen, ist genau der Richtige.

Als Personalrätin und Senatsmitglied habe ich einen guten Blick auf die MHH und insbesondere auf die Arbeitssituation. In den letzten Jahren sehe ich deutlich die Auswirkungen der Ökonomisierung der Arbeit im Krankenhausbetrieb bei den Beschäftigten. Warnungen, was als Folge des zunehmenden Drucks auf die Teams geschehen würde, gab es viele. Versuche, dem entgegen zu wirken, waren nicht effizient. Die Maßnahmen durften nichts kosten.

Der TV-E ist ein basisorientierter Prozess. Es sind die Ideen und Bedarfe der Beschäftigten, die sich im Forderungskatalog wiederfinden. Basisdemokratie zu leben ist ein langwieriger Prozess. Umso größer ist meine Freude, diesen Weg mitzugehen. Wir haben einen starken Zusammenhalt. Das macht uns selbstbewusst!

Das Auftreten der Gäste aus der Politik bei unserem Krankenhausratschlag im Stadion der Arminia war unsäglich. Es wurde einzig darüber gesprochen, was nicht geht. Unsere Landespolitik ist für diese Situation in der MHH verantwortlich! Mein Appell an die Politik: Sprecht endlich über das, was wir miteinander tun können! Die Vertreter:innen der Tarifgemeinschaft der Länder und Ministerpräsident Weil sollten sich offen und direkt an die Beschäftigten wenden und sich nicht hinter der Stellvertreterpolitik verschansen. Wie ernsthaft haben sie überlegt, welche Konsequenzen es haben würde, wenn sie hart in Ihrer Haltung bleiben und den TV-E nicht gestatten?

Noch dazu hat die Landesregierung, vertreten durch die MHH, eine sehr teure Anwaltskanzlei beauftragt, die dafür bekannt ist, Gewerkschaftsbewegungen zu zerschlagen. Die Beschäftigten wollen die Arbeitsbedingungen verbessern, nicht die MHH zerstören. Nach der richterlichen Verfügung am 20.08.24 durften die Beschäftigten für ihre Forderungen noch nicht streiken. Es ist davon auszugehen, dass das Präsidium mit der Landesregierung weitere Klagen gegen die MHH-Mitarbeitenden führen wird. Wer gegen die Ver.di klagt, klagt gegen die Beschäftigten. So wird es von den Kolleg:innen empfunden.

Mit Sorge nehme ich wahr, dass die Gräben zwischen dem Personal und den Verantwortlichen in der Politik und im Haus größer werden. Denken wir das zu Ende, wird es keine Sieger geben. Auch nicht im Sinne einer guten Gesundheitsversorgung in Stadt und Land.

Beeindruckendes Engagement von MHH-Beschäftigten

Die MHH profitiert immer wieder und in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen von dem überdurchschnittlichen Engagement ihrer Beschäftigten. Ein Beispiel dafür sind die verschiedenen Anlässe sich als Arbeitgeberin in der Öffentlichkeit zu präsentieren, wie z.B. im Aufhof oder bei der Ideenexpo. Dies wurde von engagierten Beschäftigten gestaltet und durchgeführt. Durch vielfältige praxisnahe Angebote wurden Interessierte für die unterschiedlichen Bereiche der MHH begeistert. Auf diese Weise können Menschen für die MHH gewonnen werden. Auch der Personalrat war zu Gast und sehr beeindruckt.

Ein anderes Beispiel von vielen weiteren sind die Mitarbeitenden im OP. Der OP-Block III (neurochirurgischer und Augen-OP) im Zentral-OP wurde für eine Generalsanierung geschlossen. Die beiden betroffenen Abteilungen mussten in andere OP-Bereiche umziehen. Durch die in diesem Bereich Tätigen, die selbst Hand anlegten und immer wieder zusätzliche Aufgaben übernahmen um den Umzug aktiv mitzugestalten, konnten eventuelle OP-Ausfälle reduziert bzw. vermieden werden.

Danke für dieses große Engagement an alle beteiligten Beschäftigten.



Initiativantrag zum Fahrstuhl im K 12



Die Station 79 ist mit schwerkranken, immungeschwächten Menschen belegt. Auf dieser Station gibt es nur Einzelzimmer mit Schleusenfunktion. Diese Station im K 12 in der zweiten Ebene ist neben dem Treppenhaus nur mit einem Fahrstuhl zu erreichen, der alt und störanfällig ist. Wenn dieser Fahrstuhl ausfällt, ist das mit erheblichem Aufwand für die Kolleginnen und Kollegen aus der Pflege und dem Transport verbunden. Die Patient:innen müssen mit viel Aufwand zu den Untersuchungen gebracht werden. Einige müssen die Treppen heruntergetragen werden, im Tragestuhl oder auch im Tragetuch. Das ist gefährlich für die Patient:innen und belastend für die Beschäftigten. Alle Essenslieferungen, Warenbestellungen, Wäsche- und Müllentsorgung und Apothekenbestellungen müssen in den zweiten Stock hoch- und heruntergetragen werden. Die zusätzliche körperliche Belastung für die Kollegen aus dem Transportdienst ist enorm.

Dieses Problem ist seit Jahren bekannt, denn der Fahrstuhl ist im Durchschnitt der letzten 12 Jahre siebenmal im Jahr ausgefallen. Manchmal dauern diese Ausfälle mehrere Tage! Schon Ende 2023, als der Fahrstuhl 12 Tage am Stück defekt war, hat der Personalrat diese unhaltbare Situation im großen Arbeitssicherheitsausschuss thematisiert. Leider hat sich an der Situation nichts geändert, wie Anfang Juli zu bemerken war, als der Fahrstuhl wieder für mehrere Tage nicht funktionierte. Das nahm der Personalrat zum Anlass und stellte einen Initiativantrag an das Präsidium mit der Forderung einen zweiten Fahrstuhl zu installieren, oder die Station in das Haupthaus umziehen zu lassen. In der Antwort der Dienststelle ist zu lesen, dass diese schon Einiges überlegt hat und alsbald mit dem Ministerium Kontakt aufnehmen will und den Personalrat auf dem Laufenden halten möchte. Diese recht unverbindliche Antwort reicht dem Personalrat nicht und es wurde beschlossen in ein Nichteinigungsverfahren zu gehen. Wir werden weiter berichten.

Neues zu Dienstvereinbarungen

Zurzeit bearbeitet der Personalrat einige Dienstvereinbarungen, die gekündigt wurden, aktualisiert werden müssen oder neue Regelungsbedarfe abdecken.

Im Juli wurde die Dienstvereinbarung (DV) „zum Nachweis der Durchführung pflegeentlastender Maßnahmen gemäß § 6a Abs. 2 Satz 8 KHEntG an der MHH“ abgeschlossen. Hierbei geht es ausschließlich um technische Maßnahmen. Die Dienstvereinbarung ist eine Voraussetzung zur Refinanzierung dieser Technik. Der Personalrat hat sich in diesem Zusammenhang die Daten zum Budget sowie zu den genehmigten Maßnahmen der letzten Jahre vorlegen lassen, hierzu gehören u.a. Dokumentationswagen.

Zwei Dienstvereinbarungen sind arbeitgeberseitig gekündigt worden. So zum Beispiel die DV „Wie melde ich mich korrekt arbeitsunfähig?“: Die Begründung war, dass hierzu z.B. im Entgeltfortzahlungsgesetz Vorgaben bestehen und die MHH dafür keine DV benötigt. Der Personalrat konnte erreichen, dass dennoch eine aktualisierte DV verhandelt wird. Denn insbesondere zu diesem Thema gibt es immer wieder Unklarheiten und Meinungsverschiedenheiten, so dass klare Regelungen nötig sind.

Weiterhin wurde die DV zur Hausordnung gekündigt und auch hier bestand der PR darauf, dass sie neu abgeschlossen wird, weil ein Großteil der Punkte auch Mitarbeitende der MHH betrifft und somit der Mitbestimmung unterliegt. Auch hierzu

wird eine aktualisierte Fassung verhandelt, um ein den Mitarbeitenden gerecht werdendes und hoffentlich klares Werk zu schaffen.

Die Themen Telearbeit und mobiles Arbeiten wollte die Dienststellenleitung zu einer Dienstvereinbarung zusammenfassen und dabei einige Inhalte aktualisieren. Die derzeitigen Fassungen der Dienstvereinbarungen sind nicht gekündigt und gelten weiterhin. Außerdem wird seit einiger Zeit eine DV zum Arbeitszeitkonto bearbeitet.

Nach Einschätzung der Verhandelnden stehen die Dienstvereinbarungen zur Meldung von Arbeitsunfähigkeit, zur Hausordnung und zu Telearbeit/mobile Arbeit vor der Finalisierung.

Veränderungen im Personalrat

Im Juli dieses Jahres hatte Sabine Schwake ihren Entschluss bekannt gegeben, aus persönlichen Gründen nicht weiter für die Arbeit im Personalrat zur Verfügung zu stehen.

Sabine arbeitet seit 1992 als Erzieherin in der Kita Campuskinder und wurde 2014 erstmals ordentliches Mitglied im Personalratsgremium. Mit dem 17. Personalrat wagte sie im Jahr 2016 den Schritt in eine Freistellung von zunächst 50% und später 100% ihrer Arbeitszeit. Sie hatte sich immer für die Belange ihrer eigenen Berufsgruppe stark gemacht. Zugleich galt ihr Einsatz gleichermaßen den Beschäftigten im Zentralen Tierlabor sowie allen anderen, die

sich an sie wendeten. Vier Jahre später zog ihr Herz sie wieder zurück an den alten Arbeitsplatz in der Kita. Sie blieb bis zum Juli ordentliches Personalratsmitglied.

Vielen Dank für deine Arbeit im Personalrat! An ihre Stelle rückt nun Ute Sauer mann nach. Ute arbeitet seit 2008 in der MHH. Sie ist leitende Medizinische Fachangestellte (MFA) in den Bereichen Pneumologie – Bronchoskopie & TX-Ambulanz. In diesem Jahr war sie erstmalig Ersatzmitglied des Personalrats und hat nun einen ordentlichen Sitz in diesem Gremium. Herzlich willkommen, liebe Ute!



Sabine Schwake



Ute Sauer mann

Sprechzeiten des Personalrats

Montag & Dienstag	10:00 - 16:00 Uhr
Mittwoch	13:00 - 16:00 Uhr
Donnerstag	14:00 - 16:00 Uhr
Freitag	10:00 - 15:00 Uhr

Termine außerhalb der o.g. Zeiten sind nach Vereinbarung möglich. Eine vorherige telefonische Terminabsprache ist in jedem Fall zweckmäßig. Telefon im Sekretariat: 532-2661. Sie finden uns im Haus E (Gebäude K 23) in der 1. Etage

